

# Der Tanz um Puigdemont

Nach der Verhaftung des katalanischen Politikers Carles Puigdemont muss Deutschland entscheiden, ob es ihn an Spanien ausliefert. Eine Wahl zwischen Freiheit und Repression.

Auf dem Schlusspodium des Festivals und Forums für Menschenrechte in Genf vorletzte Woche erklärte Altbundesrätin Micheline Calmy-Rey die harte Haltung der EU gegenüber Katalonien mit den Sezessionsängsten vieler Mitgliedstaaten. Tags darauf traf ich den gewählten katalanischen Regierungschef Carles Puigdemont, der aus Spanien geflohen war, nachdem er Ende Oktober Kataloniens Unabhängigkeit ausgerufen hatte. Puigdemont meinte, dass die Angst der Regierungen vor sozialen Bewegungen eine viel wichtigere Rolle spiele. Tatsächlich ist die katalanische BürgerInnenbewegung die grösste, am dichtesten vernetzte und am besten organisierte europäische Bewegung seit den siebziger Jahren. Ihre Ausbreitung könnte die 68er-Bewegung in den Schatten stellen. Inzwischen wurde Puigdemont von Deutschland festgenommen, das ihn ausliefern könnte.

Die EU hat im Fall der Schuldenkrise in Griechenland gezeigt, wie weit sie zu gehen bereit ist, um eine gefährliche Sozialbewegung zu erledigen. Wie gegen die Regierungspartei Syriza setzt sie auch gegen die katalanische Bewegung auf wirtschaftliche Druckmittel. So hat sie nach der Unabhängigkeitserklärung damit gedroht, die Europäische Zentralbank werde keine Anleihen katalanischer Banken und Firmen mehr kaufen. Daraufhin verlegten etliche Grossbanken ihre Firmen- und Steuersitze nach Madrid.

## Naturrecht und ziviler Ungehorsam

Wäre die Angst der Einzelstaaten vor den Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen das Hauptmotiv für eine antikatalanische und prospanische Aussenpolitik, müssten Britannien und Belgien mit ihren separatistischen Regionen besonders antikatalanisch sein. Aber das Gegenteil ist der Fall. In Britannien sind nicht nur die linken und liberalen, sondern auch die konservativen Medien kritischer gegenüber Spanien als praktisch alle kontinentaleuropäischen Zeitungen. Der «Economist» schrieb nach dem gewalttätigen Einschreiten der Polizei gegen DemonstrantInnen Anfang Oktober in einem Leitartikel: «Gewalt gegen Massen friedlicher Bürger kann in einer westlichen Demokratie nicht funktionieren. Im Wettbewerb zwischen formalem Recht und Naturrecht gewinnt wohl immer das Naturrecht. Die Verfassungen existieren, um den Bürgern zu dienen, nicht andersherum.» Dann verwies das Wirtschaftsblatt auf

das Recht Schottlands, über die Unabhängigkeit abzustimmen, während Spanien Katalonien dieses Recht verweigert.

Die Argumentation des bürgerlichen Blatts zeigt einen grundlegenden Unterschied zwischen britischer und insbesondere deutscher Politkultur auf. In der angelsächsischen Tradition sind die BürgerInnen («citizens») und die Zivilgesellschaft die HauptträgerInnen der Demokratie. In der deutschen Tradition ist dies der Staat. Naturrecht und ziviler Ungehorsam haben in der atlantischen Kultur einen weitaus höheren Stellenwert als etwa in Deutschland, wo das formale Recht verabsolutiert wird. Das zeigt sich auch in der Haltung der Parteien gegenüber Katalonien: Während sich neben der Schottischen Nationalpartei auch Labour, die LiberaldemokratInnen und die Grünen von Spanien distanzieren, unterstützten in Deutschland und in Frankreich die Bürgerlichen, SozialdemokratInnen und letztlich auch die Grünen die spanische Zentralregierung.

## **Die zwei grossen Fragen**

Ein weiterer Faktor, der die Haltung der europäischen Staaten beeinflusst, ist der Gegensatz zwischen Unitarismus und Föderalismus. Zwar hat Frankreich mit seiner Barrikaden- und Partisanengeschichte in Bezug auf Naturrecht und zivilen Ungehorsam eine gewisse kulturelle Nähe zu Britannien, organisatorisch ist Frankreich jedoch sehr zentralistisch. Die Vorstellung, Madrid und Barcelona könnten die Hauptstädte zweier verschiedener Nationen sein, die allenfalls eine Konföderation bilden, ist den gallischen RepublikanerInnen völlig fremd. Deutschland wiederum ist der Gedanke eines Föderalismus mit multinationaler Sprachenvielfalt nicht geheuer.

Das Auslieferungsverfahren wirft für Deutschland und die ganze EU zwei Grundsatzfragen auf, erstens: Wie wird Puigdemonts Gewaltlosigkeit, die die Unabhängigkeitsbewegung zu einer eigenen Kunst entwickelt hat, gewertet und gewürdigt? Soll ziviler Ungehorsam wirklich als eine Form von Putschismus oder Terrorismus ausgelegt werden, wie dies die spanischen Autoritäten mit den Begriffen «Rebellion» und «Auflehnung gegen die Staatsgewalt» tun?

Zweitens: Was sind die persönlichen Rechte Puigdemonts als EU-Bürger? Immerhin hat der Vertrag von Lissabon (2007) die in der EU-Charta proklamierten Grundrechte und Grundfreiheiten der UnionsbürgerInnen für diese unmittelbar geltend gemacht. Wer kommt zuerst, der Bürger oder der Staat?

Am Schluss des Genfer Forums für Menschenrechte sagte Micheline Calmy-Rey, dass mit Katalonien und Puigdemont für Europa sehr viel auf dem Spiel stehe. Dass nun ausgerechnet das obrigkeitsstaatlich geprägte Deutschland die Wahl zwischen Freiheit und Repression treffen muss, ist eine grosse Gefahr. Sollte sich aber der

Richter im Sinne einer freiheitlichen und partizipativen Demokratie entscheiden, würde das nicht nur die Demokratisierung in Katalonien und Spanien fördern, sondern auch in der EU.

29.03.2018

<https://www.woz.ch/-8898>

## Deutsche Europapolizei

Katalonien So sehr man sich auch auf EU-Regeln beruft, die Festnahme von Carles Puigdemont ist ein politischer Vorgang. Deutschland wird damit zu einem der Konfliktbeteiligten

Die EU besitzt die seltene Gabe, häufig genau das zu tun, was ihr selbst schadet. Und eine Politik zu betreiben, die ihren proklamierten Idealen ins Gesicht schlägt. Wurde einst bei den Kosovo-Albanern das Recht auf politische Selbstbestimmung hochgehalten, gilt das für die Katalanen, speziell eine sich darauf berufende Ex-Regionalregierung, eher weniger.

Bisher wurde in Brüssel nicht nur auf jede Geste der Solidarität und des Verständnisses verzichtet, auch Vermittlungsangebote unterblieben. Weder das repressive Vorgehen der spanischen Polizei beim katalanischen Unabhängigkeitsreferendum am 1. Oktober 2017, noch die juristische Vergeltung danach, die einem Rachezug zu gleichen schien, waren der EU einen Tadel, geschweige denn Kritik oder Missfallen wert

So kann die konservative Regierung Rajoy bis heute mit ihrem rigiden Kurs fortfahren, der unverhüllt darauf abzielt, den Unabhängigkeitsparteien in Katalonien ihnen zustehende Rechte zu bestreiten, vor allem aber deren Führern die soziale und politische Existenz zu nehmen.

### Anklage gegen Turull

In Brüssel, aber eben auch in Berlin, hält man dennoch eine Neutralität und Nichteinmischung für geboten, die in Wirklichkeit auf eine Kapitulation vor der kompromisslosen Härte der spanischen Exekutive gegenüber dem Souveränitätsbegehren einer Mehrheit in Katalonien hinausläuft. Schließlich wurden die Regionalwahlen am 21. Dezember erneut von den Unabhängigkeitsparteien gewonnen, doch werden sie an einer Regierungsbildung gehindert. Der designierte Regionalpräsident Jordi Turull ist durch den Obersten Gerichtshof in Madrid zusammen mit 13 anderen katalanischen Politikern der Rebellion angeklagt, sitzt in Haft und muss mit einer Verurteilung rechnen, bei der eine Strafe von bis zu 30

Jahren möglich ist.

Da passt es ins Bild, wenn nun ausgerechnet in Deutschland der ehemalige Regionalpräsident Carles Puigdemont festgenommen wird, nachdem ihm in Belgien faktisch ein Asylstatus zugestanden wurde. Soviel man sich auf den unumgänglichen Vollzug eines soeben von Spanien erneuerten Europäischen Haftbefehls beruft, die Verhaftung und mögliche Auslieferung sind ein Politikum, das die Bundesrepublik bei allem Bemühen um Konfliktabstinentz zu einem Konfliktbeteiligten macht. Während die finnischen Behörden offenkundig einen Zugriff auf Puigdemont verweigerten und erklärten, der sei in Helsinki „unauffindbar“, haben die Behörden in Schleswig-Holstein beflissen und mit legalistischem Eifer den bewussten Haftbefehl vollstreckt. Es soll dazu Hinweise spanischer Beschatter und Verfolger Puigdemonts gegeben haben. Kommt es zur Auslieferung, werden die deutschen Behörden als Vollstrecker einer politisch gefärbten Strafjustiz in Erscheinung treten.

## **Jagd auf "Hochverräter"**

Die Berufung auf geltende EU-Regeln wird dagegen nicht ankommen. So wie der Konflikt in Spanien politisch zugespitzt wird, muss sich das auf die EU auswirken. Die ist inzwischen zur Beihilfe entschlossen, wenn es gilt "Hochverräter" zu jagen und aus dem Verkehr zu ziehen. Als Ausweis politischer Zurechnungsfähigkeit kann das nicht genommen werden, eher als Bankrotterklärung.

Und Deutschland als EU-Führungsmacht? Moralischer Schaden ist programmiert. Immerhin hat Belgien den Verfolgern Carles Puigdemonts nicht zur Verfügung gestanden und ihm stattdessen Aufenthalt und Asyl gewährt. Vielleicht ist soviel Klugheit denkbar, dass Puigdemont zwar unter Arrest gestellt, aber nicht an Spanien übergeben wird. Es wäre auch eine Frage des historischen Fingerspitzengeföhls, schließlich wurde der katalanische Regionalpräsident Lluís Companys, ein erklärter Republikaner, 1940 von der deutschen Besatzungsmacht in Frankreich an die Franco-Justiz ausgeliefert und am 15. Oktober 1940 in Barcelona hingerichtet.

Nicht nur angesichts des erneut eskalierenden Konflikts um Katalonien, auch gemessen an Traditionen der EU ist die verweigerte Verantwortung zur Vermittlung ein schwer nachvollziehbarer Vorgang. Gegenüber anderen Bewegungen zur politischen Selbstbestimmung hat es das nie gegeben. 1990/91 wurden die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Sowjetrepubliken gegen die UdSSR ausdrücklich unterstützt. Im Zypern-Konflikt wird seit Jahrzehnten vermittelt, bei der Sezession des Kosovo von Serbien ist die EU gar federführend in Erscheinung getreten und hat Teile der politischen und juristischen Verwaltung des Anfang 2008 auf der Taufe gehobenen Staates selbst übernommen. Macht sich die EU endgültig die offizielle spanische Lesart des Katalonien-Konflikts zu eigen, degradiert das die Theorie von einem Europa der Regionen zur Farce.

26.03.2018

<https://www.freitag.de/autoren/lutz-herden/deutsche-europapolizei>

# Kataloniens Parlament stützt Puigdemont

## Abgeordnete verabschieden Resolutionen für den in Deutschland inhaftierten Ex-Präsidenten

Am Mittwoch ist das katalanische Parlament zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Zum ersten Mal nach der Festnahme des zwangsexilierten Ex-Präsidenten Carles Puigdemont am Sonntag in Deutschland und der von der spanischen Justiz am Samstag verhinderten Wahl von Jordi Turull zum Präsidenten. Seitdem kommt es zu Demonstrationen, Straßen- und Schienenblockaden, die über Ostern fortgeführt werden sollen. Das haben die »Komitees zur Verteidigung der Republik« (CDR) angekündigt, deren Bedeutung im Konflikt zunimmt.

Mit großer Mehrheit hat das Parlament die »sofortige Freiheit der katalanischen politischen Gefangenen« gefordert. Auch die Unabhängigkeitsgegner von »Comú-Podem« (Gemeinsam können wir es) unterstützen diese Forderung. Neben den vier Gefangenen, die zum Teil seit Oktober einsitzen, wurden mit Turull am Freitag weitere vier Führungspersonlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegung inhaftiert. Unklar ist, ob auch die beiden katalanischen Polizisten in Haft kommen, die Puigdemont auf seiner Rückfahrt ins belgische Exil begleitet haben. Nach ihrer Rückkehr aus Deutschland wurden sie festgenommen.

Die Sozialdemokraten von der PSC lehnten hingegen mit Blick auf die Gewaltenteilung die Freiheitsforderung ab. »Die legislative Macht könne der Justiz nicht sagen, was sie zu tun hat«, sagte ihr Sprecher Ferran Pedret. Er musste sich aber anhören, dass seine Formation schweigt, wenn die spanische Justiz die Gewaltenteilung und die Parlamentsautonomie aushebelt und schon drei Präsidentschaftskandidaten gegen nationales und internationales Recht blockiert hat.

Das Parlament hat danach auch beschlossen, »alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen«, um die Rechte der drei Kandidaten Puigdemont, Turull und Jordi Sànchez zu garantieren, die Investitur eingeschlossen. Bezogen hat es sich auf die UN-Menschenrechtskommission. Die hat vergangene Woche in Bezug auf Sànchez von Spanien »vorläufige Maßnahmen« gefordert, um dessen Rechte als Kandidat und seine Teilnahme an Sitzungen zu garantieren. Gerade hat die das UN-Gremium auch die Klage von Puigdemont angenommen.

Die linksradikale CUP fordert, »keinen Schritt zurück« zu gehen und Puigdemont zum Präsidenten zu küren. »Schnellstmöglich« solle eine Amtseinführung stattfinden. Die Anträge von »Comú-Podem«, eine breit aufgestellte Regierung mit »unabhängigen Kandidaten« zu bilden, wurden genauso abgelehnt wie der Versuch der rechten Ciudadanos (Bürger), den Parlamentspräsidenten Roger Torrent zu stürzen. Nicht einmal die Sozialdemokraten wollten sich dem anschließen.

Puigdemont wird derweil die Ostertage in der Justizvollzugsanstalt Neumünster verbringen. Die Prüfung der Unterlagen sei sehr komplex, hieß es.

29.03.2018

[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1083926.kataloniens-parlament-stuetzt-puigdemont.html?pk\\_campaign=Newsletter](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1083926.kataloniens-parlament-stuetzt-puigdemont.html?pk_campaign=Newsletter)

## **Puigdemonts Begleiter angezeigt**

Die Staatsanwaltschaft an Spaniens Nationalem Gerichtshof ermittelt gegen die vier Männer, die Carles Puigdemont begleiteten, als dieser am Sonntag in Schleswig-Holstein festgenommen wurde.

Die vier Begleiter werden der Straftat des „encubrimiento“ verdächtigt, was der deutschen Strafvereitelung entspricht, also dem Versuch, einen Delinquenten seiner Strafe zu entziehen.

Zwei der Männer sind Beamte der katalanischen Regionalpolizei (Mossos d'Esquadra), die sich von ihrem Dienst beurlauben ließen, um sich um die Sicherheit Puigdemonts in seinem belgischen Exil und während seiner Reisen durch andere europäische Länder zu kümmern. Am vergangenen Donnerstag war der Expräsident von Brüssel nach Helsinki geflogen.

Die Polizisten fuhren Puigdemont mit dem Auto in die finnische Hauptstadt nach, um ihn dort abzuholen und per Landstraße nach Brüssel zurückzubringen. Am Freitag reaktivierte allerdings ein Untersuchungsrichter an Spaniens Oberstem Gerichtshof den Europäischen Haftbefehl gegen Puigdemont.

Ab diesem Moment war er auch außerhalb Spaniens ein flüchtiger mutmaßlicher Straftäter. Für die Hilfe bei seiner Flucht sind die katalanischen Polizisten am Dienstag von ihren Kollegen von der spanischen Nationalpolizei angezeigt worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auch gegen die anderen beiden Beifahrer, einen eng mit Puigdemont befreundeten Unternehmer und einen Historiker.

28.03.2018

<https://www.wort.lu/de/international/puigdemonts-begleiter-angzeigt-5abb2e33c1097cee25b86142>